

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

129 (6.6.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüberstellungen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zeitungsleses, bei geschäftlicher Betätigung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. • Erläuterungen und Bedingungen in der Rubrik L. 2. • Inhalt der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, ohne Zustellung 1,60 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Geschäftszeiten: Karlsruher L. 2, Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Mitteilungen: Durlach, Hauptstr. 9, D.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 2

Nummer 129 Karlsruhe, Montag, den 6. Juni 1932 52. Jahrgang

Kriegserklärung an die Arbeiter

Eine einzige Provokation

Die Nazi-Barone ohne Maske

Die Regierungserklärung des Kabinetts von Baden hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der herrliche Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur getragen werden, wenn es gelinzt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsverpflichteten, kurzum aller nationalen Kräfte, zu finden.

Reichsminister Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der bescheidenen Betrug und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Minderwertigkeit der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl der anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen arbeitsfördernden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über Schwäche Anlässe hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nationalsozialisten haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen des Arbeitnehmers wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben dem Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuteil, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Verminderung des deutschen Volkes, verstärkt durch den ungesunden Nationalsozialismus, der wie ein freies Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einschnitt abgedrungen werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischer Denkmuster eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parteilichkeit willen gewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewollt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundlagen der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlage des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf ausserpolitischen Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Ganzen befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen deutsche Lebensinteressen auf dem Spiel. Unser Ziel ist, in freundschaftlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserer Vaterland emulch, volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker nur dann auswirken, wenn es gelinzt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs und Warenaustauschs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beheben.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen ausserpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Weltanschauungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Arbeit.

Aus allem diesen Gründen hat der Herr Reichspräsident sich entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

23 Jahre nach dem Ausbruch der französischen Revolution lehrten die Bourbonen „in den Gepächwagen der feindlichen Heere“ nach Frankreich zurück und ihr Familienoberhaupt Ludwig XVIII. bestieg wieder den Thron seines abgesetzten und enthaupteten Bruders. Er erließ dabei ein Manifest an das französische Volk, in dem er sich stand, der zum geflügelten Wort als Inbegriff sturer Reaktion geworden ist: „Wir haben nichts gelernt und nichts vergessen!“

An dieses Bekenntnis jener geistigen Impotenz, die das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen will, erinnert auch die sogenannte Regierungserklärung der Pappenheimer um Schleicher. Von einem Programm kann hier keine Rede sein, höchstens von einer Aneinanderreihung schlagwortartiger Blattheiten. Das Ganze ist eine einzige Herausforderung der Republikaner, eine einzige Kampfanlage an die werktätige Bevölkerung, eine einzige Bedrohung der kimmerischen Lebensrechte der Armen unter den Armen. Die Junkerliquide, die durch Intrigen raffiniertester Art an die Macht gelangt ist, mit Hilfe der Massenpsychosen, die Hitler erzeugt hat, und dank der Spaltung in der Arbeiterklasse, die Moskau auf dem Gewissen hat, rüstet gegen das eigene Volk.

Unter dem Vorwand, die Minderwertigkeit der Parlamentsdemokratie, den „gemeinheitsfeindlichen Klassenkampf“, das „atheistisch-marxistische Denken“ und den „Kulturvolkswissenschaft“ zu bekämpfen, soll der alte Dreiklassenstaat wilhelminischen Anstandes wieder aufgerichtet werden. Hinter dem Adelstribunat des Herrenklubs tritt bereits die gefährliche Frage der Monarchie hervor. Die neuen Minister haben zwar den Eid auf die Reichsverfassung abgelegt, aber haben vergessen, in ihrer Rundgebung auch nur mit einem Wort diese Verfassung zu erwähnen. Sie dürften wissen warum. Noch ist es ihnen zu früh, ihre Karten aufzudecken. Vor allem wissen sie, daß der Reichspräsident seinen Eid abtun und einen Verfassungsbruch nicht zulassen wird, so lange er im Amt ist. Aber schon erzählt man sich in Kreisen, die der Regierung des Herrenklubs nahesteht, daß ihnen dieses letzte Hindernis nicht mehr lange im Wege stehen würde. Es werden Pläne kolportiert, vor allem für die Zeit nach der Wahl, die auch die übelste Wortklauberei mit dem Geist und sogar mit dem Buchstaben der Verfassung nicht in Einklang bringen könnte.

Indessen will diese Regierung der Barone, die sehr wohl weiß, daß sie fast nichts hinter sich hat und die aus diesem Grunde den Reichstag aufgelöst hat, zunächst versuchen, eine Rechtsmehrmehrheit bei den Neuwahlen zu erlangen. Gelänge ihr das, dann würde sie, gestützt auf Hitler und Eugenberger, denen sie ihre Machtergreifung verdankt, das Programm der Reaktion und der Restauration mit einem Schein von demokratischem Recht zu verwirklichen versuchen.

Das darf nicht geschehen! Wir müssen dem Volk tagtäglich begreiflich machen, daß die Regierung der Nazi-Barone ein Attentat auf seine Lebensrechte plant, daß die Verdammung des „Marxismus“ und des „Klassenkampfes“ nur ein Vorwand ist, um die heillosen Massen politisch und wirtschaftlich wieder unter das Joch jener kleinen Herrenschicht zu zwingen, die im Vorkriegsdeutschland Wilhelms II. die Kleinherrenschicht ausübte. Schon die Uebernahme des Schlagwortes aus der Subellische Eugenbergs vom „Wohlfahrtsstaat“ zeigt deutlich, wohin die Reise geht. Alles, was die Republik und die Weimarer Verfassung zugunsten der Arbeitslosen, der Sozialrentner, der Invaliden, der Kranken, der Kriegssopfer geschaffen hat, soll zerschlagen werden. Schlimmer konnte sich die Sozialreaktion nicht entüllen. Dem ganzen werktätigen Volk wird Klassenkampf von oben angelagt.

Brutal nach innen, aber Kleinlaut nach außen — das ist die Regierung der Nazi-Barone. Die Grundzüge der Außenpolitik der letzten Jahre werden übernommen, aber in der Reparations- und Abrüstungsfrage wagt man nicht einmal die klaren Forderungen zu wiederholen, die Stresemann, Hermann Müller und Brüning im Namen der Linken immer wieder verkündet haben. Man bittet das Ausland, dessen grenzenloses Mißtrauen gegen die Reichsregierung man kennt, um gut Wetter, damit man in Ermangelung ausserpolitischer Erfolge über das eigene Volk ungehindert regieren kann.

„Nichts gelernt und nichts vergessen!“ — jener Geist von Putsch und dem uns herrlichen Zeiten entgegenführten sollte und uns in den Abgrund des verlorenen Krieges gestossen hat, offenbart sich unverfälscht in dieser ersten Rundgebung des Adelstribunats. Aber die Herren vom Herrenklub täuschen sich, wenn sie glauben, die alte Hohenzollern- und Junkerherlichkeit wieder aufrichten zu können. Am Wahltag muß das deutsche Volk ihnen zeigen, daß es nichts vergessen, aber vieles hinzugelernt hat.

Regierung der Barone

Der Wahlausruf der Nazi-Barone, der am Samstag als „Regierungserklärung“ der Öffentlichkeit übergeben wurde, hat weit über das Lager der Linken hinaus ungeheuerliche Empörung hervorgerufen. In der ganzen Welt dürfte es bisher keine Regierung gegeben haben, die ihre Vorgänger in der übelsten Weise kritisiert, ohne aber zugleich zu sagen, was sie zu tun und wie sie es besser zu machen gedenkt. Diese „Regierungserklärung“ ist eine einzige Provokation der deutschen Arbeitnehmerschaft. Die Herren Nazi-Barone dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn es nunmehr aus den Wäldern herauschallt wie es hineingeschallt ist.

So schreibt das Organ der christlichen Gewerkschaften Der Deutsche: „Diese „Regierungserklärung“ beweist, daß es sich um kein Kabinett der nationalen Konzentration handelt, sondern um ein gegen die Mitte und gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Kampfkabinett. Die Politik dieser Regierungserklärung scheint nicht davor zurück, in ziemlich offener Form dem Zentrum den Vorwurf zu machen, Kulturvolkswissenschaft gefördert zu haben. Diese staunenswerte Verdächtigung einer von den besten christlichen Kräften Deutschlands getragenen Partei muß besonders schmerzhaft deshalb befeunden, weil sie von einem katholischen Aristokraten unterzeichnet ist. Der Satz: „Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“, — dieser Satz trifft den deutschen Arbeiter und Angestellten, vor allem aber den deutschen Arbeitslosen wie eine Ohrfeige. Wir haben also zur Kenntnis zu nehmen, daß nach Ansichten der Herren v. Pappen, v. Schleicher, der anderen Grafen und Barone sowie der bürgerlichen Kabinettsmitglieder die Sozialpolitik, darunter die Arbeitslosenunterstützung, die moralischen Kräfte zermürben. Sind die Herren der Ansicht, daß Hunger und Elend die moralischen Kräfte der Nation gestärkt

hätten? Als Brüning 1930 die Regierung und Stegerwald das Arbeitsministerium übernahm, versprachen beide, den Kern der Sozialgesetzgebung durch die Krise zu retten. Sie haben ihr Versprechen gehalten. Das neue Kabinett von Pappen-von Schleicher enthält ein solches Versprechen nicht mehr, sondern die Umdeutung des Gegenteils. Und diesem Kabinett hat die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, ja „Arbeiter“-Partei, die Steigbügel gehalten.“

Der Vorwärts sagt: „Gegen den „Wohlfahrtsstaat“ predigt der regierende Herrenklub. Aber ist die Regierung Brüning nicht eben deshalb gestürzt worden, weil sie Wohlthaten, die man von ihr forderte, verweigert hat? Weil sie den mehrfach banterotten, mehrfach erfolglos subventionierten Großgrundbesitz des Ostens nicht weiter mit Mitteln, die den Armen genommen sind, über Wasser halten wollte, weil sie nicht genug Wohlfahrtsanstalt war für Junker und Barone, darum ist sie gestürzt worden! „Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation“ — das ist dann wieder die andere Seite der Sache. Das ist die stehende Redensart aller derer, denen die Sozialversicherung ein Dorn im Auge ist. Die neue Regierung will einen Teil der Notverordnungen, die die Regierung Brüning vorbereitet hat, in Kraft setzen. Nach dem Programm, das sie verkündet, kann man sich ungefähr vorstellen, auf welche Weise die Auswahl erfolgen wird. Unter dem Tuschel platter Redensarten, die der Verfasser aus der Eugenberger- und Hitler-Presse abgeschrieben hat, befindet sich natürlich auch der „gemeinheitsfeindliche Klassenkampf“. Aber diese ganze Regierungserklärung ist weiter nichts als eine einseitige Klassenkampferklärung von oben. Wir setzen ihr die Klassenkampferklärung von unten entgegen. Der Kampf zwischen den Baronen und dem Volk muß ausgefochten werden! Erst wenn das hochmütige Herrment endgültig besiegt ist, wird eine wirkliche Volksgemeinschaft möglich sein. Die Regierung, die diese Erklärung erlassen hat, ist eine Regierung nach

Hitlers Herzen. Die Barone wünschen, daß Nationalsozialisten gewählt werden! Gebt ihnen die Antwort, die sie verdienen!

Das Berliner Tageblatt gibt die „Regierungserklärung“ unter dem Titel wieder: „Küßtritt auf der ganzen Linie“ und schreibt:

Die Nation kann sich jetzt in der Tat entscheiden, weil das Kabinett Papen wenigstens den Mut hatte, nach innen ein Bekenntnis abzulegen. Es ist die Abneigung gegen das ganze „System“, die hier durchgebrochen ist, wenn gegen die „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gewettert, wenn alle Nachkriegsregierungen — also auch die Kabinette, in denen die Rechte dominierte — beschuldigt werden, dem Staatssozialismus gehuldet, den Staat zu einer Wohlstandsanstalt gemacht und die moralischen Kräfte der Nation geschwächt zu haben. Das sind Vorwürfe aus dem Sprachschatz Papenbergs und Hitlers zugleich, denen der neue Kanzler damit seine Reverenz erweist. Man kämpft mit Worten gegen den Klassenkampf und den „Kulturboßschewismus“, aber man predigt im gleichen Atemzug selbst den Klassenkampf, nur mit umgekehrten Vorzeichen, indem man ein autoritäres Regime der Barone und Großgrundbesitzer etabliert, das für die Masse der Hilfsbedürftigen und Schwachen, für die Opfer des sozialen Systems nichts übrig hat als die Doktrin, daß sie nicht zu den „aufbauwilligen und staatsverhaltenden Kräften“ gehören, wenn sie sich der Führung des neuen Regiments nicht willig unterordnen. Dazu beschwört man, mit nicht zu übersehender Spitze gegen das Zentrum, die „christlichen Kräfte“ der Nation, ohne eine gültige Legitimation dafür zu besitzen, und macht so religiöse Ideen zur Stütze eines politischen Systems, das ganz offenkundig im Interesse bestimmter Gesellschaftsklassen errichtet ist und diesem Interesse auch dienen will. Nicht Konkretes kann man über diese Pläne sagen, mit denen man der Not des Volkes abhelfen will, man kann nur den bisherigen Regierungen, und dem Kabinett Brüning voran, den Vorwurf machen, daß sie Land und Volk in den Bankrott geführt hätten, und man kann nicht mehr ankündigen, als daß man gezwungen sei, in praktischem Handeln genau dort anzuknüpfen, wo die bisherige Regierung durch den mutwillig herbeigeführten Sturz gezwungen, die Arbeit hatte liegen lassen müssen. Nur eins tritt zwischen den Zeiten und in nackten Worten ganz deutlich hervor, daß das Rad der Geschichte zurüdgekehrt ist, daß die Demokratie, wenn nicht beseitigt, so doch denaturiert werden soll, daß man in der Sozialpolitik den Weg des großen Abbaus beschreiten und alles, was an sozialem Recht seit 1918 hinzugewachsen ist, wieder beseitigen will. Die Drohselung, die schon die Krise mit sich gebracht hat, soll also systematisch zu Ende geführt, zwölf Jahre deutscher Geschichte sollen ausblendet werden.

Die Germania schreibt in ihrer Sonntagsausgabe am Schluß einer längeren Betrachtung, in der sie sich scharf gegen die „reaktionären Ziele des neuen Kurses“ wendet:

„Im ganzen gesehen bestätigt sich aus der Erklärung des Reichskabinetts die schon aus seiner Geschichte und seinem Dasein gegebene Notwendigkeit, gegen diese Regierung mit allen Mitteln und allen Konsequenzen den schärfsten Kampf zu führen. Die Deutsche Zentrumspartei hat nicht ein fürchtbares Jahrzehnt hindurch die schwerste Verantwortung auf sich genommen, um schließlich die Idee und das Werk des Volksstaates mitten in einem aussichtslosen Kampfe um das deutsche Schicksal von reaktionären Kräften zerstören zu lassen. Ein gewaltiges Werk hat sie, in unerschütterlicher Treue zu dem deutschen Führer Brüning, gerade in den letzten beiden Jahren getragen und geleistet, in denen eine noch nie erlebte Krise alles zu zerstören begann. Sie kämpft darum, daß dieses Werk nicht verfaßt und die Grundlagen einer lebendigen, gerechten Gemeinschaft des Volkes nicht vollends zerstört werden. Sie kämpft dagegen, daß der alte Geist einer längst überwundenen politischen und wirtschaftlichen Epoche wieder die Herrschaft in Volk und Staat ergreift. Sie kämpft dagegen, daß alte, überholte Kräfte unserer Geschichte, auf eine unklare Massenbewegung gestützt und sie maßlosbrauchend, das Leben unseres Volkes, seine Rechte und seine staatliche Ordnung wieder im Sinne einer längst vergangenen Zeit umgestalten. Noch niemals in ihrer an Kämpfen reichen Geschichte war die Zentrumspartei so eintig wie jetzt, wo sie in den vielleicht schwersten Kampf geht, den sie zu führen hatte. Diese Eintigkeit, die sich in allen ihren Gliedern und Ständen über das ganze Reich hinweg zeigt, ist uns die sicherste Gewähr dafür, daß der Kampf in seinen Zielen und Motiven verstanden und zu einem guten Ende gebracht werden wird.“

Ihrem Wahlauftrag hat die Regierung Papen nachstehende Erklärung folgen lassen, die in jeder Beziehung zu dem sogenannten Regierungsprogramm paßt:

„In einem Teil der deutschen Presse sind Nachrichten verbreitet, die sich mit der früheren außenpolitischen Tätigkeit des Reichskanzlers in den Vereinigten Staaten von Amerika befassen. Diese Nachrichten fügen sich zum größten Teil auf die Wahrheit völlig entstellendes Propagandamaterial unserer früheren Gegner aus dem Weltkrieg. Nach Auffassung der Reichsregierung ist es ein vom Standpunkt jedes vaterländisch denkenden Menschen unerträgliches Verhalten, wenn derartige Material dazu mißbraucht wird, um das Ansehen des Reichskanzlers vor dem In- und Ausland herabzusetzen. Die Reichsregierung ist entschlossen, einer derartigen Brandstiftung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.“

Auf den in dieser Erklärung gegen die amerikanische Presse erhobenen Vorwurf werden die amerikanischen Zeitungen selbst zu antworten wissen. Das Verhalten des Herrn von Papen zu Amerika dürfte dadurch kaum eine Besserung erfahren.

Im übrigen macht sich die Regierung der Hitler-Barone die Sache sehr leicht. Sie wandelt in der obigen Feststellung den Weg ihrer Programmklärung, verzichtet auf eine politische Darstellung des Sachverhalts und begnügt sich damit, die über die Tätigkeit des Herrn von Papen in Amerika aufgestellten Behauptungen als den Tatsachen „zum größten Teil“ nicht entsprechend, hinzustellen. Diese Methode dürfte Herrn von Papen wenig nützen. In der Öffentlichkeit wird das Kapitel „Papen in Amerika“ weiter diskutiert werden und alle Welt wird sich mit Recht fragen, welches nun der wahre Sachverhalt ist. Vielleicht holt Herr von Papen das Erforderliche nach, indem er den wahren Sachverhalt feststellt. Oder warum wird darauf verzichtet?

Hindenburgs Kanzler

SA. Saarbrücken, 4. Juni. (Eig. Draht.) Der neue Reichskanzler, Herr v. Papen, der sich in seinem Brief an den Zentrumsführer Raas in tiefenden Worten der allerhöchsten Hochachtung und Verehrung für den Reichspräsidenten v. Hindenburg als den Deutschland einigenden Mittelpunkt einsetzt, hat aller Wahrschein-

lichkeit nach im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl diesen seinen Herrn Hindenburg nicht gewählt, sondern dessen Gegenkandidaten, Herrn Düstlerberg vom „Stahlhelm“. Diese Stellungnahme des Herrn v. Papen ist auf folgende Weise bekannt geworden:

Papen wohnt in Wallerfangen im Saargebiet, ist aber auf innerdeutschem Boden noch angemeldet. Zur ersten Reichspräsidentenwahl fuhr er mit seinem Auto in den kleinen katholischen Ort Otten in der Nähe der saar-deutschen Grenze und wählte mit einem Wahlzettel. In diesem Ort, der kaum 500 Einwohner zählt, ist niemals eine Reichsstimme abgegeben worden, geschweige irgend ein Stahlhelmsstimme bekannt gewesen. Ausgerechnet aber bei der ersten Wahl zum Reichspräsidenten, als Herr Papen den Ort mit seiner Stimmabgabe besuchte, befand sich unter den Stimmzetteln ein einziger für den Stahlhelm-Kandidaten und Gegner Hindenburgs, den Oberleutnant Düstlerberg. Von den noch nicht 200 Stimmberechtigten des ganzen Ortes schwört jeder darauf, daß diese eine Stahlhelmsstimme von Herrn Papen stammen muß.

Diese Annahme wird erhärtet durch folgenden Tatbestand, den das führende Zentrumsorgan des Saargebietes, die „Saarbrücker Landeszeitung“ feststellt: Herr v. Papen hat sich der Redaktion des Zentrumsorgans gegenüber wiederholt sehr anerkennend über den Stahlhelm geäußert und die Redaktion seines Parteiblattes — um eine entsprechende freundliche Einstellung gegenüber dem Stahlhelm gebeten.

Die Stützen der Papen-Regierung

Ein Kölner Zentrumsabgeordneter hat folgenden ungläubigen Brief erhalten (abgestempelt von Postamt Köln-Hannover 30. 5. 32):

„Es ist erreicht! Der Jesuitenschurke ist endlich, nachdem er Deutschland gemäß Weisung aus Rom in Grund und Boden vernichtet hat, erledigt. Schade, daß man nicht auch diesem Erklumpen eine Kugel in den römischen Schädel gefaßt hat, wie man damals den größten Erbschaftserbhaber ins Jenseits jagte. Herr von Hindenburg ist ja lange genug in Neudorf gewesen und da wird dem alten Herrn endlich sein Gutsnachbar Obenbunz-Januschow erzählt haben, daß mit Rom ausgeräumt werden muß und daß dieser Saunle ja nur römische Politik getrieben hat. Jetzt werden die Deutschnationalen, der Stahlhelm und die Nationalsozialisten, in deren Reihen ja nicht nur Arbeiter sitzen, die Regierung bilden und dann endlich eine deutsche Regierung, frei von den Schwarzkäse des Zentrums, erst Deutschland und das Deutschtum — aber endlich! Nieder mit Rom! Wären die schwarzen Pfaffen in den Reichstagen weiter Frauen und Kinder schänden. Aber aus deutschen Belangen sollen sie entfernt werden. Wir Deutsche sagen nicht, wir sind für Christentum und somit für Religion, aber wir sagen: „Nieder mit den Zentrumskönigen! Nieder mit diesem landesverräterischen Schweinekad“! Sagen Sie auch dem Saunle (Zentrumsabgeordneter des Reichstages), daß er rath nun seine widerliche Presse verdirbt. Jetzt darf das Zentrum ja seinen, wozu es will. Der gerechte Gott im Himmel schlage jeden Zentrumskönigen mit Blindheit. Jetzt schlottern die Knie der schwarzen Kinderhändler. Ein Bild in die feiste Presse der Schwarzkäse und man erkennt sofort die tierisch-niederbräunliche Gestalt dieser römischen Vagabunden. Nieder mit Rom! Hoch Deutschland und unser Vaterland. Ein Deutscher.“

Der „deutsche“ Lump war natürlich zu feige, mit seinem Namen hervorzutreten. Der Brief selbst gibt eine Kostprobe dafür, was wir im bevorstehenden Wahlkampf an Schmutz und Gemeinheiten erleben werden.

Das Ausland und die Papenheimer

Brüssel, 4. Juni. Der sozialistische Peuple schreibt zu der deutschen Regierungserklärung, sie entscheide die schmerzhafteste Reaktion auf politischem und sozialem Gebiet. Zur Wirtschaftspolitik und Massenwerkstattigkeit habe die Regierungserklärung nur hohe Phrasen ohne jeden Charakter zu versapfen, und der Aufruf zur Rückkehr zu den Grundfragen des Christentums, um der sittlichen Entartung des deutschen Volkes Einhalt zu tun, sei geradezu unglücklich.

Im übrigen schreibt der Peuple zur Lage in Deutschland, daß der Verteidigungskampf um die politische und soziale Demokratie jetzt

mit nie erreichter Schärfe unter der Führung der Sozialdemokratie einsetze werde. In den nächsten Wochen gehe es um Sein oder Nichtsein der Demokratie in Deutschland. Dank der Brutalität der jetzigen Nachhaber seien das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie im Verteidigungskampfe um die Demokratie geeint. Die Sozialdemokratie werde sich gewiß tüchtig schlagen. Als Regierungspartei oder als Stütze von Regierungen möge sie Fehler gemacht und gewisse Schwächen gezeigt haben, aber im Verteidigungskampfe, in dem sie unter Bismarck und Wilhelm II. geschmiedet worden sei, sei sie unvergleichlich. Diese Arbeitermacht, die in allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kräftig organisiert sei und in allen Institutionen des Landes tief verankert wäre, könne kein Scheitern und kein Hitler überdauern, ohne die deutsche Nation selbst in das tiefste Verderben und in unfaßbares Chaos zu führen.

Gayl über Tagesfragen

DR. Königsberg, 5. Juni. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl äußerte sich zu einem Redaktionsmitglied der Ostpreussischen Zeitung über die politische Lage und die nächsten Ausblicke des Kabinetts. Der Minister erklärte auf die Frage nach dem Programm für sein Kabinett, insbesondere hinsichtlich des SA. Verbot, in kürzester Zeit werde eine neue Fassung sämtlicher Bestimmungen über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ergehen, in der alle Ungerechtigkeiten gegenüber der nationalen Bewegung aufgehoben werden. Im Gegensatz zu früher werde das Kabinett nicht jede kleine Anpreisung in der Öffentlichkeit mit der am meisten Schwere seiner Machtbefugnisse abtun. Nur grobe Angriffe und Verunglimpfungen, die gegen die Person des Herrn Reichskanzlers gerichtet würden, würden bestraft werden. Die Regierung werde sich nicht nur für Ruhe und Ordnung, sondern auch für das Recht und die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers einsetzen. Besondere der bevorstehenden Reichstagswahlen erklärte der Reichsinnenminister zu Pressebefragungen, daß eine Veränderung des Wahlgesetzes nicht beabsichtigt sei. Die Wahlen, so wurde mit allem Nachdruck betont, sollten die unabweisbaren Willensmeinungen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Jede Einschränkung in dieser Hinsicht werde vermieden werden. Weiter befragt der Minister die Richtigkeit aller Gerüchte über die angeblich geplante Einstellung eines Staatskommissars für Preußen.

Landtagswahlen in Mecklenburg

DR. Schmöckel, 5. Juni. Ueber die Mecklenburg-Schweriner Landtagswahlen liegt nunmehr das Ergebnis aus 1321 Stimmbezirken von insgesamt 1500 Stimmbezirken vor. Danach haben erhalten: Nationalsozialisten 59 441, Kommunisten 15 076, Nationalsozialisten 108 759, Bürgerliche Arbeitspartei der Mitte 2726, Deutschnationale 19 458, Arbeitsgemeinschaft Nationaler Mecklenburger 3 487, Sozialistische Arbeiterpartei 643. Somit erhalten an Mandaten bisher die Sozialdemokraten 8, die Kommunisten 2, die Nationalsozialisten 18, die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte 0, die Deutschnationalen 3, die Arbeitsgemeinschaft Nationaler Mecklenburger 0, die SA 0.

DR. Kistoff, 5. Juni. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag werden im neuen Parlament 29 nationalsozialistische Abgeordnete insgesamt 29 Mandate aller übrigen Parteien gegenüberstehen. Den Nationalsozialisten würde somit nach dem Willen von Braunshweig die Mehrheit geboten, zusammen mit den Deutschnationalen. Die übrigen Nationalsozialisten den Deutschnationalen einen Regierungsausschuß einzuräumen werden, erhebt bei der zwischen beiden Parteien in Mecklenburg-Schwerin seit Wochen vorhandene Spannung fraglich.

Während die im bisherigen Landtag in der Arbeitsgemeinschaft Nationaler Mecklenburger zusammengeschlossenen Regierungsparteien insgesamt über 28 Mandate verfügten haben, werden sie in dem neuen Landtag nur mehr 6 (bisherige Arbeitsgemeinschaft 1 und Deutschnationale 5) Vertreter entsenden. Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte, in der die Mieter und die Staatspartei vereint sind, haben etwas über die Hälfte ihrer Wählerstimmen eingebüßt und erhalten statt bisher 2 nur 1 Sitze. Die Sozialdemokratische Partei mit einem Verlust von rund 1000 Stimmen konnte sich verhältnismäßig gut halten. Ihre Fraktion ist um 2 Mandate geschrumpft. Die Kommunisten haben 1 Sitz hinzugewonnen. Gestrauss ausgeschieden ist die Sozialistische Arbeiterpartei. Die Wählerliste der SA ist ein weiteres Mandat zuzüglich, ist durchwegs vorhanden. In diesem Falle würde die Nationalsozialisten wie in Oldenburg über eine absolute Mehrheit verfügen. Das eine der anderen Parteien noch einen Sitz erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

Aufmarsch amerikanischer Kriegsteilnehmer

DR. Washington, 5. Juni. Wie verlautet, sollen 145 Mitglieder des Repräsentantenhauses versprochen haben, den Geleitzug von Patmans zu unterstützen, der die Zahlung von Pensionen in Höhe von 2 Milliarden Dollar an die ehemaligen Soldaten vorzieht. Präsident Hoover würde sicherlich gegen das Geleit sein Veto einlegen, wenn es angenommen werden sollte.

Ein Marsch der ehemaligen Soldaten und der Erwerbslosen nach Washington erregt große Beunruhigung. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei in Cleveland (Ohio) sind mehrere ehemalige Soldaten verletzt worden. — Weitere etwa 4500 Kriegsteilnehmer, die aus verschiedenen Landesstellen zu Fuß, in Güterzügen und auf Booten unterwegs sind, verlangen die volle Auszahlung ihrer Pensionsversicherungsansprüche. Etwa 900 Teilnehmer eines anderen Zuges aus Toledo, Ohio usw. sogen am Güterbahnhof, um von dort aus die Weiterreise mit einem Güterzuge anzutreten. Sie besetzten den Güterbahnhof und erklärten, sie würden keinen Zug aufgeben lassen, wenn ihnen die Benutzung nicht gestattet würde. Die Polizei mußte einzutreten und die Marschteilnehmer zerstreuen.

Bei dem Marsch der arbeitslosen Kriegsveteranen auf Washington kam es zu heftigen Zusammenstößen. Etwa 500 Veteranen, die sich in Kenner eines Bahnhofs versammelten und den Zug zum Überqueren hatten, wurden von 200 Polizisten in Kenner, die mit Karabinern und Tränengasbomben ausgerüstet waren, zerstreut. In Bladensburg (Nord-Carolina) wurden 200 Mann aufgehalten. Ein Trupp von etwa 250 Veteranen aus dem Fernen Westen kam in Chicago an. In Washington trafen weitere 900 Mann ein. Von etwa 2000 Kriegsteilnehmern wurde ein Ultimatum der Polizei abgelehnt, das die Räumung der Stadt forderte. Die arbeitslosen Kriegsteilnehmer bestehen auf der Erfüllung der ihnen gesetzlich zugesicherten Rechte.

10proz. Kürzung der Beamtenegehälter in Amerika

DR. New York, 5. Juni. Wie aus Washington verlautet, hat Senat eine 10prozentige Kürzung aller Beamtenegehälter über 10 Dollars beschlossen. Die Gesamterparnis dieser Maßnahme betragen 117 Millionen Dollars.

Attentat auf Mussolini?

DR. Rom, 5. Juni. In der Nähe des Venezia-Platzes, an dem der Palazzo Venezia, der Sitz des Regierungschefs steht, näherten sich ein verdächtiger Person seit, die im Besitz eines schweizerischen Passes auf dem Namen Angelo war, dessen richtiger Name jedoch als Sbardello festgelegt wurde. Bei dem Versuch, einen Bombenanschlag auf den Namen Angelo zu verüben, wurden zwei hochexplosive Bomben und eine Schwebkugel gefunden. Sbardello gestand, daß er sich nach dem Namen Angelo habe, um auf Mussolini einen Anschlag zu verüben.



Die Führer des neuen französischen Kabinetts: Ober: Herriot (Ministerpräsident und Außenminister) und Painlevé (Luftfahrtminister); Unten links: Paul Boncour (Kriegsminister) und Daladier (Minister für öffentliche Arbeiten). Nach langwierigen Verhandlungen hat jetzt Herriot, der Führer der französischen Radikalsozialisten, endlich seine Kabinettsliste fertiggestellt. Von den 29 Ministern und Untersekretären gehören nicht weniger als 21 der Radikalsozialistischen Partei an.

Jahr der Entscheidung

Die große Stunde der deutschen Arbeiterklasse ist da!

Von Tony Sender, M. d. R.

1932 soll das Jahr der Entscheidung sein! — So wurde schon zu Jahresbeginn verkündet und die ersten Vorgescheite liegen hinter uns. Ihr Ausgang brachte den Feinden der Republik nicht den erwünschten Erfolg. In keinem der Gefechte vermochte der Faschismus, weder allein noch zusammen mit den Eugenbergnern, die Macht zu erobern. Was in offener Feldschlacht nicht gelang, das sollte nun auf dunklen Intrigenwegen durchgesetzt werden. Eine Militär- und Junker-Kamarilla hat der faschistischen Bewegung die hilfreiche Hand gereicht, um auf krummen Wegen durchzusetzen, was auf geradem nicht zu erreichen war.

Denn der Faschismus muß sich beugen, wenn er zu seinem Ziele kommen will. Er weiß, daß es der Not und Verzweiflung der schwersten Krisenzeit, verursacht durch das mangelnde internationale Vertrauen und das Verlangen der kapitalistischen Wirtschaft, bedürfte, um jene Schichten des Volkes hinreichend zu vernüchtern, die man als Beute für den faschistischen Wunderglauben benötigte. Darum wurde der jetzige Augenblick ausgewählt. Niemals hat die Sozialdemokratie einen Hehl daraus gemacht, daß sie tiefgehende Meinungsverschiedenheiten von der Regierung trennen. Ebenfalls wenig aber ist zu leugnen, daß dieses Kabinett bestrebt war, auch in der schwersten Krise die sozialen Einrichtungen, die sich das Proletariat geschaffen, in ihren Grundfesten zu erhalten. In die Regierungsrückung hatte sich nach den Ereignissen der Sanierungsmehrheit des vergangenen Jahres zur Volkstredition des Gedankens der Bankenkontrolle und Bankenverstaatlichung gemacht, und damit Zielsetzungen zu verwirklichen begonnen, die schließlich verwirklicht werden müssen von der privaten Leitung der Wirtschaft. Gewiß geschah das nur zögernd, widerwillig und unschlüssig. Aber schließlich hat man sich doch den Gefahren der ökonomischen Entwicklung nicht ganz zu widersehen vermocht.

Der Weg der deutschen Republik war ein schwerer und mühsamer Weg der Befreiung von dem Druck, den uns das Kaiserreich durch Niederlage, Zusammenbruch und dadurch aufgezungenen Friedensbittakte hinterlassen hat. Aber dieser Weg der Befreiung, der nur gegangen werden konnte mit der deutschen Arbeiterkraft, nachdem alle Mächte der Vergangenheit versagt hatten, war von Erfolgen besetzt. Das Kabinett Hermann Müllers brachte die Befreiung der Rheinlande. Und es waren prophetische Worte, die Dr. Brüning in einer der letzten Sitzungen des Reichstages sprach, als er mahnte, man solle nicht 100 Meter vor dem Ziel die Nerven verlieren!

Er erhoffte von der Konferenz von Lausanne nicht nur günstige Lösungen in der Reparationsfrage, sondern auch die Einleitung des unentbehrlichen internationalen Zusammenarbeitens auf finanzieller und wirtschaftlicher Basis und damit die endliche Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Nationen.

In jedem zu positiver Verantwortlichkeit erregenen Volk wäre es selbstverständlich gewesen, dem Lande einen so wertvollen außenpolitischen Erfolg zu sichern. Aber wozu nicht mit einer energiegelassenen Klugheit des Krieges den deutschen Nationalisten und Faschisten die besten Teile fortzuschleppen? Das kann das deutsche Volk seine jüngste Geschichte mit ihren bitteren Lehren schon so reich verzeihen? Schon einmal in entscheidendster Stunde war es die Militär- und Junker-Kamarilla, die ihre Pläne setzte und ihre Intrigen spinn, um einen Kanzler zu Fall zu bringen, der nicht nach ihrem Willen war: Als Bethmann-Hollweg im Laufe des Krieges zur Einsicht zu kommen schien, daß ein rechtzeitiger Friede besser sei als ein Kampf bis zum Weltuntergang, setzte die Fronde ein, die schließlich zum Sturz des Kanzlers führte. Die Militärs und Chauvinisten hatten ihren Willen und das Volk mußte weiter hungern und verbluten!

Und jetzt das Gleiche: hundert Meter vor dem Ziel mußte die Meinung geändert werden, damit die noch immer vorhandene Kamarilla, geführt vom General von Schleicher und den offenkundigen Junkern, ihren Willen durchsetze und dem Faschismus Vorkommen ließe. Sie müssen ihre neue Regierung, Kabinett der nationalen Konzentration nennen, um hinter dieser Kulisse zu verbergen, wie schwer sie die Nation geschädigt haben, als sie 100 Meter vor dem Ziel ihr Zurückweichen auf den Reparatoren der Nation riefen.

So widerwärtig dieses ganze Spiel ist — ebenso sehr ist es aufklärend! Trug es doch dazu bei, eine klare Formierung der Fronten herbeizuführen: Generäle, Junker, Schlotbarone, Adlige und Soldaten führen die Armee des Faschismus und bestimmen den Kurs; ihnen steht nun gegenüber die ganze Front des schaffenden Volkes, der heilige Arbeiter ist einia mit seinem sozialistischen Kollegen in der Brachung dieses aus Intrigen geborenen Kabinetts und im entschlossenen Willen, nunmehr den Kampf aufzunehmen.

Das Miß- und Generalkabinett von Baden wird daher nur eine kurze Lebensdauer haben — wieder wird das Volk zur Entscheidung aufgerufen werden. Wir wissen, daß es der entscheidungsschwere Kampf sein wird, zu dem sie die deutsche Arbeiterkraft aufgerufen wurde. Und dennoch geben wir mit der festlichen Entschlossenheit und starkem Kampfesmut in dieses Ringen Waren wir dochgerüstet auf das Herannahen solcher Entscheidungen und haben darum vor Monaten schon die Eisernen Front aufgestellt, deren Aufgabe klar vorgezeichnet war. Jetzt gilt es, die Reihen kräftiger noch aufzusuchen, die Bereitschaft aufs höchste zu spannen. Schon in den Vorlesungen dieses Frühjahres hat sich gezeigt, daß der Faschismus nicht in die Reihen des sozialistisch organisierten Proletariats auch nur nennenswert einzudringen vermochte. Gewerkschaften und Partei stehen noch stark und willensstark da.

Jetzt ist die große Stunde der deutschen Arbeiterklasse gekommen, die Großen von ihr verlangt, als es die ganze heroische Geschichte der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung tat. Jetzt wird sich

jeder Einzelne zu bewähren haben — jeder Mann und jede Frau mit ihrer ganzen Person einzustehen für die große Sache, für die die Besten des Volkes lebten und starben: Für die Freiheit und für den Sozialismus!

Eine neue heroische Zeit ist für das schaffende Volk genäht — das deutsche Proletariat wird den Kampf gegen Barbarei im Innern und Kriegsgefahr nach außen siegreich bestehen. Denn nur unter der roten Flagge kann das Chaos überwunden, die Welt gerettet werden!

Freistaat Baden

Süddeutsche Stimmung

Darüber wird der Neuen Züricher Zeitung vom 3. Juni von ihrem süddeutschen Mitarbeiter u. a. geschrieben:

„Am 15. Dezember des Jahres 1898 schrieb der alte Fürst Hohenlohe, damals Reichskanzler, als er spät nachts von einer Hofgesellschaft bei Wilhelm II. heimkam, diese Worte in sein Tagebuch:

„Wenn ich so unter den preussischen Erzcellen läge, so wird mir der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite. ... Alle diese Dertren stießen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.“

Mutatis mutandis natürlich — es ist allem Anschein nach immer noch wie einst. Zwar sitzen die Junker nicht mehr im Berliner Schloß, aber mächtig sind sie immer noch, so mächtig, daß sie jetzt von einem ostpreussischen Winkel aus mit Erfolg den Sabel zum Sturz des deutschen Reichskanzlers ansetzen konnten. Und sie „steifen“ allem Anschein nach auch heute noch auf das Reich; sonst würden sie in einer Stunde höchster Not und Entschlossenheit es nicht den Gefahren eines Wechsels des Steuermanns und Kurzes ausgesetzt haben, weil er ihre bantrotten Lauffüßchen nicht weiter aus den Mitteln des verarmten Volkes subventionieren will.

Wie werden die Auswirkungen des Kanzlersturzes auf Süddeutschland sein? Es ist noch in Erinnerung das sehr scharfe Warnungssignal, das aus Baden vom offiziellen Organ der regierenden Partei dort unter dem Motto „Generalskamarilla“ nach Berlin abgeschickt worden ist, als die Öffentlichkeit noch nichts ahnte von den Mienen, die gegen den Reichswehrminister gelegt wurden. Diese Mienen haben nun auch den getroffen, dem es vor allem galt: den Kanzler. Es wurde damals in jenen sehr nachdrücklichen Warnungen auch kein Zweifel darüber gelassen, daß man in Baden keinen eigenen Weg gehen würde. Man kann sich den Eindruck, den das Spiel und die Einflüsse unverantwortlicher Mächte auf die politische Führung in der süddeutschen Bevölkerung macht, wenigstens in ihrer übergroßen Mehrheit, die immerhin noch demokratische Tradition hat, nicht ernst genug vorstellen. Man hat von solchen Einflüssen, die sich auswirken gegen die verantwortliche Leitung der Politik des Reiches, noch genug vom Krieg her. Das deutsche Volk hat sie damals durch überhöhere Opfer bezahlen müssen. Erscheinungen, wie sie beim Sturz Brüning's hinter den Kulissen auftraten, sind im süddeutschen Empfinden geradezu eine Belastung der Reichseinheit.

Was man bei so und so vielen beobachten konnte, jetzt in diesen Tagen, das war auch ein Gefühl starker Enttäuschung darüber, daß Hindenburg Brüning gerade jetzt fallen ließ. Gewiß ist das heute die Stimmung bei Angehörigen, die bei der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg gestimmt haben. Sider galt ihre Stimme der hochherzigen und bewährten Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls als der Verkörperung der Ehrenhaftigkeit und Treue. Aber sie haben in ihm eben bemerkt auch den politischen Charakter der hochherzigen und bewährten Persönlichkeit der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg gestimmt haben. Sider galt ihre Stimme der hochherzigen und bewährten Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls als der Verkörperung der Ehrenhaftigkeit und Treue. Aber sie haben in ihm eben bemerkt auch den politischen Charakter der hochherzigen und bewährten Persönlichkeit der Reichspräsidentenwahl für Hindenburg gestimmt haben. Sider galt ihre Stimme der hochherzigen und bewährten Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls als der Verkörperung der Ehrenhaftigkeit und Treue.

Gelingt es, den Nationalsozialismus zur verantwortlichen, verfassungsmäßigen Mitarbeit im Staat zu gewinnen, so wäre das im Interesse einer Veruhigung unserer inneren Verhältnisse zu begrüßen. Gelingt es nicht, und geht der neue Kurs in der Richtung Hitler oder ist er nur Uebergang zu seiner Alleinmacht, dann werden ihm drei große Mächte gegenüberstehen: die Arbeiterkraft, der Katholizismus, Süddeutschland. Man müßte in Berlin sehr forschtig sein, wenn man das nicht sehr ernst bedenken würde. Besser, viel besser wäre es allerdings gewesen, man hätte es sich vorher überlegt.“

„Der Dank des Vaterlandes“

Wer erinnert sich nicht an die „Große Zeit“ und das „Hindenburg-Programm“? So 1916, 17 war das! Da erforderte die Oberste Seeresichtung ein Munitionsbefüllungsprogramm, das sämtlichen deutschen Fabriken Arbeit gab — — — und als Ausgleich für die patriotische Hingabe der deutschen Arbeiter eine Belohnung der Kriegsteilnehmer in Form eines Verpflegungsausweises: „Jeder heimkehrende Krieger bekommt ein Siedlungsbaus!“

Bevollstreckungsfähige Menschen wie zum Beispiel der Bodenreformer Domshofe sind damals zu Hindenburg und Ludendorff ins Große Hauptquartier gerufen und in Tausenden von Artikeln hat man die Welle des Heldentums gefeiert, wie er in seinem eigenen Häuschen und auf seiner eigenen Scholle seinen Kohl baut und seine Kartoffeln sieht!

Seitdem sind 15 Jahre vergangen. Der damalige Generalfeldmarschall ist heute Reichspräsident mit nahezu unbeschränkter Gewalt. Er ist der Diktator über das deutsche Volk und jagt eine Regierung davon, nicht etwa, weil sie nicht genug Siedlerstellen für alte Feldblaten geschaffen hat, sondern weil sie im Gegenteil den unrettbaren Grobgrundbesitz im Osten für Siedlerstellen aufstellen will!

So ändert sich die Zeit! Der Late wundert sich!

Aber der Kenner weiß Bescheid. Die preussische Generalität hat sich seit Jahrzehnten und Jahrhunderten in erster Linie aus der

Umsturz in Chile

RTA. Paris, 5. Juni. Sagas meldet aus Santiago de Chile, daß die neue sozialistische Regierung beabsichtigt, dem Konarsh neue gesetzliche Bestimmungen betreffend die Ausbeutung der Salpeterminen zu erlassen, eine Anleihe aufzunehmen, die durch die großen Vermögen gedeckt werden soll, die Arbeit zu reorganisieren, die Einfuhr von Luxusartikeln zu verbieten und alles in allem den sozialistischen Staat zu schaffen, der einsig und allein das Privateigentum fortbestehen lassen will.

adligen Grobgrundbesitzer-Klasse rekrutiert. Das war schon zur Zeit Abreahis des Bären und des Alten Fritz so und heute unter Hindenburg und Schleicher hat sich auch nichts geändert. Dazu haben die Grobgrundbesitzer den schlaun Trick gewählt und den ehemaligen Generalfeldmarschall zum richtiggehenden Gutsbesitzer in Neudorf gemacht. Der preussische General und der Herr von Jkenpitz auf Neu-Globow oder Groß-Kanersdorf sind aus einem Holz geschnitten.

60 Millionen mögen in ihren Fabriken und Kontoren schuften wie sie wollen. Der preussische General und der Gutsbesitzer regiert. Wenigstens zunächst noch. Diesen Sommer und diesen Winter.

Dann kommt vielleicht doch einmal die Abrechnung und die Lüttigung über den „Dank des Vaterlandes“, den man mit der Verweigerung des Siedlungsbaus im Osten zu einer Farce gemacht hat.

Staatspartei und Reichstagswahlen

RTA. Karlsruhe, 5. Juni. Der Landesvorstand der Deutschen Staatspartei in Pfen hielt heute nachmittag in Karls e eine Tagung ab, um zu der politischen Lage im Reich und zu ihren Auswirkungen Stellung zu nehmen. Die Partei brachte ihre Stellungnahme zu den einzelnen Fragen in mehreren Entschlüssen zum Ausdruck. In der ersten Entschlüsse wird das jetzige Reichskabinett lediglich als Platzhalter für die Nationalsozialisten bezeichnet und gesagt, daß „ungeheure Gefahren für unser Volk und Vaterland heraufzögen.“ Der Bestand der Republik und die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes seien in Gefahr. Der erweiterte Landesvorstand hat einstimmig beschlossen, daß die Partei selbständig und unabhängig in den Wahlkampf einzutreten werde. In einer weiteren Entschlüsse spricht der Parteivorstand dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich für seine aufopferungsvolle Arbeit in der Reichsregierung und in der Reichsopposition den wärmsten Dank aus. Dietrich wurde einstimmig zum Spitzenkandidaten für die staatsparteiliche Listen Badens aufgestellt.

Hochverratsverfahren

gegen einen Funktionär der KPD.

RTA. Mannheim, 6. Juni. Nachdem vor einigen Monaten bereits badische Kommunisten aus Offersheim und Erthal vom Reichsgericht wegen Verbreitung der hochverräterischen kommunistischen Flugschrift „Der rote Alarm“ verurteilt worden sind, hatte sich am Freitag der Weber Fritz Eiche aus Mannheim zu verantworten, der von der Polizei als Drahtzieher des in dem Vorprozeß festgestellten badischen Verleumdungs- und Ruchverleumdungs des RTA, meldet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterbreitung einer staatsfeindlichen Verbindung und unbefugten Verbreitens politisch nicht genehmigter Flugschriften zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungsfrist mit mehr als sechs Monaten.

Personelles

Ernannt wurden Oberregierungsrat Dr. Karl Nial im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum ordentlichen Honorarprofessor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe; veretzt wurden Oberregierungsrat Hermann Kosenky an das Domänenamt Karlsruhe, die Finanzobersekretäre Erwin Barth, Kurtard Elenes und Karl Wehinger, sowie Finanzsekretär Albrecht Zöller zur Zentraldruckverwaltungen Karlsruhe; in gleicher Eigenschaft: Studienrat Josef Stroher in Waldbrunn an die Handelsschule in Eisingen; auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand veretzt wurden: Professor Dr. Edgar Fleig am Realgymnasium Freiburg; Hauptlehrerin Leonie Nerlinger in Karlsruhe.

Ernannt wurden aus dem Bereich des Justizministeriums die Ersten Staatsanwälte Dr. Leonhard Bender in Mannheim zum Oberstaatsanwalt in Waldbrunn, Dr. Johannes Ferdinand in Freiburg zum Oberregierungsrat im Justizministerium, die Landgerichtsrate Dr. Alfred Zuppold in Karlsruhe zum Ersten Staatsanwalt in Mannheim, Dr. Ernst Pfeifer in Karlsruhe zum Ersten Staatsanwalt dalelbt, Wilhelm Martens in Offenburg zum Ersten Staatsanwalt dalelbt, Amtsgerichtsrat Wolfgang Dreher in Karlsruhe und Regierungsrat Dr. Hans Christof von Schroeter im Justizministerium zu Landgerichtsrate in Karlsruhe zum Amtsgerichtsrate dalelbt, Anton Deneda in Offenburg zum Landgerichtsrate dalelbt, Paul Werner in Forstheim zum Amtsgerichtsrate in Forstheim, die Gerichtsassessoren Robert Giesmann aus Forstheim zum Staatsanwalt in Forstheim und Dr. Josef Schafheule aus Freiburg zum Regierungsrate im Justizministerium; veretzt wurden Amtsgerichtsrate Oskar Hochreuther in Forstheim nach Freiburg, Erster Staatsanwalt Theodor Kieler in Offenburg nach Freiburg.

Correspondenz: Georg Schödlitz, Verantwortlich: Volkt, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Heilkunde, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: E. Gräbebaum; Grob-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Kraeger, sämtlich wohnhaft in Karlsruhe.

Bei jedem Getreide- und Malzkaffee

verwendet man mit Vorteil als Zusatz eine gute Kaffeewürze. Dadurch wird das Kaffegetränk kräftig und wohlschmeckend. Die beste und ausgiebigste Kaffeewürze ist „Mühlen Franck“



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

6. Juni.

1917 Oster Hungerstreik der Marine („Prinzregent Luitpold“).
— 1920 Wahl zum ersten Reichstag der deutschen Republik. — 1928
† Sozialist Paul Göhre. — 1931 Brand des Glaspalastes in Mün-
chen. — 1931 Reaktionäre Notverordnung.

Gebäudejondersteuerabläßung und Mietunterstützung

Eine sehr unangenehme Seite für diejenigen Mieter, welche Mietunterstützung aus Mitteln der Gebäudejondersteuer erhalten, hat die Abföhrung der Gebäudejondersteuer abgesetzt. Bis her er-
halten arme Mieter aus Mitteln der Gebäudejondersteuer eine Mietunterstützung bzw. der Hauseigentümer brauchte für diesen Teil der Mieter keine Gebäudejondersteuer zu bezahlen und des-
halb vom Mieter nicht zurückgeben. Durch die Abföhrung der Gebäudejondersteuer kommt die Unterstützung in Fortfall, was für sie in Betracht kommenden armen Mieter eine außer-
ordentliche Härte bedeutet. Wenn so ein armer Teufel von seiner großen Arbeitslosenunterstützung usw. in Zukunft 3, 4, 5 und noch mehr Mark mehr an Miete zahlen muß, so dürfte dies allenthalben für diese Leute eine recht schwere Sache sein. Für die meisten so-
par eine Unmöglichkeit. Die Folge davon ist, daß das Für-
sorgeamt wohl oder übel gezwungen sein wird, auch hier einzu-
greifen. Es ist einfach ausgeschlossen, von den paar Mark Unter-
stützung noch mehr als bisher für die Miete aufwenden zu können.
Wie man sieht, bringt die Gebäudejondersteuerabläßung für die
bedürftigen Mieter eine äußerst ungerechte Belastung, während
auf der anderen Seite der Hauseigentümer profitiert. Diese neue
Belastung ist umso verdammerlicher, weil die aus Mitteln der
Gebäudejondersteuer unterstützten Mieter auch anlässlich der 10-
prozentigen Mietpreisreduzierung geprellt wurden, indem die
Mietpreisreduzierung nicht ihnen zugute kam, sondern auf den
Unterstützungsbetrag aus der Gebäudejondersteuer angerechnet
wurde. Und nun werden diese armen Leute wieder von neuem
geprellt!

Werktagsausflüge mit Reichsbahn zu ermäßigten Preisen

Während bisher nur mit Sonntagsarten Ausflüge zu er-
mäßigten Preisen unternommen werden konnten, bieten die neu
eingeföhrten Rundreisearten sowohl Sonntags als auch werktags
Gelegenheit zu verbilligten Ausflügen und Rundfahrten. Als
Karlsruhe befinden jetzt u. a. folgende täglich geltenden Rund-
reisearten zu ermäßigten Preisen:
Karlsruhe—Pforzheim—Widbad und zurück von Baden-Baden
nach Karlsruhe oder umgekehrt (3. Klasse 2,70 M.).
Karlsruhe—Breiten—Maulbronn—Mühlacker—Pforzheim—
Karlsruhe (3. Klasse 2,60 M.).
Karlsruhe—Bruchsal—Breiten—Maulbronn—Mühlacker—Pforz-
heim—Karlsruhe (3. Klasse 3 M.).
Karlsruhe—Schwesingen—Mannheim—Schwesingen—Bruchsal—
Karlsruhe (3. Klasse 4 M.).
Karlsruhe—Mazau—Winden—Landau—Germersheim—Planen-
loch—Karlsruhe (3. Klasse 3 M.).
Fahrkartenreduzierung ist während der 15tägigen Gültigkeit der
auch in umgekehrter Richtung benutzbaren Rundreisenarten bestän-
dig gesichert.

Hauptauschußsitzung des Verkehrsvereins

Zur Vorbereitung der am 9. Juni, abends 9 Uhr im Saal III
des Schemma-Gaststätten stattfindenden ordentlichen Hauptver-
sammlung des Verkehrsvereins bietet der Ausschußsitzung dieser
Tag im Handelsklub unter dem Vorsitz des Verbandesleiters
Stein eine Sitzung ab. Hierbei erörterte der Geschäftsföhrer
des Verkehrsvereins, Verkehrsleiter Lacher, Bericht über die
Arbeiten des Verkehrsvereins in den letzten Monaten und die
Pläne für die nächste Zeit. Aus dem Bericht, der gelegentlich der
Hauptversammlung eingehend besprochen werden soll, ist zunächst
herauszuheben, daß die Zahl der Mitglieder am 1. April d. J. mit
558 sich gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 92
erhöht hat, ein erfreuliches Zeichen der Unterstützungsbereitschaft
der Karlsruher Bevölkerung für die Arbeiten des Verkehrsvereins.
Weiter die umfangreiche Propaganda, die sich hauptsächlich auf
die Herausgabe von Prospekten in deutscher, englischer und
holländischer Sprache, auf die Inzertion in in- und ausländischen
Zeitschriften und Zeitungen erstreckt, wird ebenfalls bei jener Ge-
legenheit ausführlicher berichtet werden. Zu der Anzeigenwerbung
und Herausgabe von Prospekten kamen als wirksame Werbema-
nahmen die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln über Karlsru-
he, die Vertretung von Firmen (Sommergesellschaft) und zahl-
reiche werbende Veranstaltungen. Diese werbenden
Arbeiten sollen auch im Laufe dieses Jahres fortgesetzt wer-
den, darunter werden wieder die „Karlsruher Verträge“ erschei-
nen, in deren Mittelpunkt ein badisch-sächsisch-saarländischer Hei-
matabend gestellt werden soll. Der Fremdenverkehr ist im Laufe
des Geschäftsjahres infolge der Wirtschaftsnote wie in allen an-
deren deutschen Städten erheblich zurückgegangen, zeigte aber im
ersten Vierteljahr 1932 eine von Monat zu Monat steigende Ten-
denz. Im Eisenbahnverkehr kann man allgemein eine er-
freuliche Beseitigung der durchgehenden Verbindungen, die Ver-
besserung der Anschlüsse und eine Vermehrung der Eilzugverbindun-
gen feststellen; über die speziell badischen Probleme wird im
Bericht über die Hauptversammlung noch einiges zu sagen sein.
Bezüglich der Elektrifizierung der badischen Bahnen wird der
Hauptversammlung eine Entschließung unterbreitet werden. In
seinem Referat ging Verkehrsleiter Lacher auch auf die dem
badischen Luftverkehr durch starke Verkürzung der badischen Sub-
ventionen drohenden Gefahren und auf die Beschränkung der Per-
sonenverkehrs auf dem Oberbeim ein. Diese und andere verkehrs-
politischen Fragen bildeten den Gegenstand einer fruchtbareren Aus-
sprache. Sie werden auch auf der Tagesordnung der Mitglieder-
versammlung stehen. Schließlich wurde der Rechnungsbericht
und der Haushaltsplan, der mit einem Föhrbetrag von über 2000 Mark
abgeschlossen, genehmigt. Der Hauptversammlung des Verkehrsvereins
am 9. Juni, abends 9 Uhr, wird um 8 Uhr ein Kreisbesorger-
kongress des Vorstehenden der Ortsgruppe Durlach bei Neustadt des
Föhrer Waldvereins, Karl Krumm, über eine Wanderfahrt
durch die Wäls vorzusagen, zu dem die Mitglieder des Ver-
kehrsvereins und alle Freunde und Gönner des Vereins mit ihren
Angehörigen herzlich eingeladen sind. Es wäre zu wünschen,
wenn eine stark besuchte Versammlung des Verkehrsvereins kondu-
m wäre, daß seine intensive Mitarbeit für die badische Land-
verkehrsverbesserung von ihrer Einwohnerzahl gefördert und zugleich
als ihres Sozies angesehen wird.

Funktionärerversammlung

SPD. Karlsruhe kampfbereit

Zum ersten Appell für die nun beginnende Wahlkampf hat der
Ortsverein Karlsruhe der sozialdemokratischen Partei die Funk-
tionäre auf Sonntag vormittag in den Saal des Celantens einge-
laden. In stattlicher Zahl waren die Genossinnen und Genossen
dem Ane gefolgt, um aus dem Munde des Föhrers, des Genossen
Reichsausschusses Schöpllin, über die innerpolitischen Vor-
gänge der letzten Woche sich unterrichten zu lassen, um aber auch das
Küßens für den kommenden Kampf zu bekommen. Keine Ver-
sagung, keine Muffigkeit lähmt die Kampfkraft unserer Partei.
Sie stellt sich zum Kampf, der diesmal fast ausschließlich gegen
sie geführt werden wird. Auch die Sozialisten von Karlsruhe ver-
lassen nicht, sie stehen in der Front, in der vordersten Linie, kamp-
fesfreudig und siegesbewußt. Eine kampfbereite Stimmung lag über
der Versammlung. Abschreiten! Abschreiten mit den Feinden der Ar-
beiterklasse, mit den Junkern und Schlotbaronen, mit ihren Helfers-
helfern in der Reichspartei des Adolf Hitler. Abschreiten, um
den Weg frei zu machen für die Demokratie, die Freiheit, den So-
zialismus! Das ist der Schlachtruf, mit dem die Sozialdemokratie
den Kampf aufnehmen wird.

Reichstagsabgeordneter Genosse Schöpllin

Schöpllin knapp und sachlich den Verlauf der politischen Gesche-
nisse in der verflochtenen Woche. Als Bestand der kritischen Situa-
tion sieht der Redner den Zeitpunkt an, als Minister Götter der
S.M. den Eintritt in die Reichswehr ermöglichte. Es wurde damals
klar, daß General v. Schleifer mit allen Mitteln versuchen würde,
entscheidenden Einfluß in der deutschen Politik zu bekommen. Zu
dem Verhalten des Reichspräsidenten v. Hindenburg übergehend
betonte Gen. Schöpllin: Die Stimmung unter den Genossen in ganz
Deutschland ist doch die: Hätten wir das gewußt, hätten wir Herrn
v. Hindenburg nie unsere Stimme gegeben. (Allgemeine Zustim-
mung.) Aber es gab damals keine anderen Möglichkeiten. Sicher
ist Herr v. Hindenburg bereit, sein Wort, nicht gegen die Veröf-
entlichung zu handeln, halten; es fragt sich nur, ob er sein Wort halten
kann. (Beifall.)

Der Kopf des neuen Kabinetts ist

General v. Schleifer.

Er vertritt eine Politik, die den Grobgrundbesitz erhält; er wird
aber auch ein Helfer der Grobindustrie sein. Der Staat soll, so will
es die Grobindustrie, völlig privatkapitalistisch aufgezogen sein.
Schleifer will den Versuch machen, ein großes Heer in Deutschland
zu schaffen, rekrutiert aus dem jungen Nachwuchs. Die neue Re-
gierung wird versuchen, mit Frankreich in ein gewisses Verhältnis
zu kommen. Untere Militärs aber schauen nach dem Osten. Die
Nationalsozialisten haben im Wahlkampf an der ganzen Ostgrenze
immer erklärt, die Reichswehr leiste nur 100 000 Mann stark, aber
Reichswehr verfüge über einige hunderttausend Mann, die er gegen
Rosen aufmarschieren lassen könne. Dies ist die Ursache der großen
Stimmensnahme Hitlers in Schlesien und Ostpreußen. Japan
will den Krieg; Ausland kann ihn aber nicht brauchen, es ist mili-
tärlich noch nicht vorbereitet. Ein Sieg Russlands über Japan
würde dem Bolschewismus in der ganzen Welt zum Siege verhelfen.
Darum ist für uns die Frage des Ostens so außerordentlich wichtig.
Der jetzigen Regierung kann es nur lieb sein, wenn Lausanne kein
Erfolg bringt, denn sie braucht eine „nationale“ Wahlparole.
In interessanter Weise beleuchtete der Redner die Rolle, die der
Grobindustrielle Erno Reberg bei all den Dingen der vergange-
nen Tage spielte. Man will die Nationalsozialisten haben, sie sind
die Hoffnung der Grobindustrie, sie sollen die Gewerkschaften zer-
stören; die soziale Reaktion will freie Bahn haben.

Der jetzige Reichstag ist eine unmögliche Geschehnisse gewesen. Er
reichte seit Oktober 1930 dazu, mit 2-3 Duzend Stimmen Mehrheit
Mißtrauensanträge abzulehnen. Zum Vertrauen reicht es schon
nicht mehr. Deshalb die Arbeit mit den Notverordnungen.

„Kommunalpolitik“ von Mittelständlern

Vom städt. Nachrichtenamt wird uns geschrieben: Aus einer Zu-
schrift der Vereinigung der Handel- und Gewerbetreibenden der
Oststadt e. V. an den Oberbürgermeister haben einige hiesige Zei-
tungen die Mitteilung entnommen, die städtische Milchkentrale
habe im Rechnungsjahr 1931 einen Föhrbetrag von 100 000 M. auf-
zuweisen. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. In
Wahrheit hat die Milchkentrale im vorangegangenen Jahr nicht nur
keinen Verlust, sondern einen Gewinn zu verzeichnen.

Die erwähnte Aufschrift ist nicht nur der Stadtverwaltung, son-
dern auch der Presse zur Veröffentlichung zugegangen. Allerdings
haben die meisten Zeitungen — zu denen jedoch die „vorbereitete
Zeitung Badens“, nämlich die Bad. Presse nicht gehört — von
einer Aufnahme ab. Der Fall gehört zum Kapitel „Abhaffung der
Sozialbetriebe“ und lehrt so recht, mit welchen Mitteln von ge-
wisser Seite die Regiebetriebe bekämpft werden. Sie werden einfach
zu Zuschußbetrieben gestempelt und leichtgläubige, verantwortungs-
lose Bevölkerungskreise fallen darauf herein. Es wird dann eine
Stimmung gegen die Regiebetriebe erzeugt und der Zweck ist er-
reicht.

(-) Polizeihundeausbildung. Unter den allgemeinen schlechten
wirtschaftlichen Verhältnissen haben in den letzten Jahren in sehr
starkem Maße auch die kynologischen Vereine zu leiden. Die hohen

ADGB, Ortsauschuß Karlsruhe, Durlach Eßlingen

Montag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus

Kundgebung für Arbeitsbeschaffung

Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Dele-
gierten, Gewerkschaftsvorstände sowie Betriebs-
räte, die auf dem Boden der ADGB stehen. In dieser Kundgebung
ist sowohl die Landtags- wie Stadtratsfraktion eingeladen.
Der Vorstand.

Die neue Regierung zeigt, daß sie in ihrer personellen Zu-
sammensetzung eine bewußte Provokation aller demo-
kratischen Elemente in Deutschland ist.

Die neue Regierung ist aus dem Geiste Alt-Preußens, Ostpreußens
geboren. Preußen soll wieder die Suprematie in Deutschland be-
kommen. Sie glauben, wenn sie die Reichswehr, die preussische Po-
lizei und die Mannschaften von Hitler haben, die altpreussische Kon-
servative Herrschaft wieder errichten zu können. In Deutschland
soll wieder der Preußengeist herrschen, vielleicht wird mit einer
Rechtsmehrheit ein Reichsverweser bestimmt, der vielleicht Friedrich
Wilhelm, Kronprinz von Preußen heißt! Die Bildung der neuen
Regierung zeigt, daß man jetzt schon wieder zuerst an Preußen
denkt und nicht an Deutschland. Die Frage ist, wie Süddeutschland,
das Rheinland, die Dinge aufnehmen! Aber selbst, wenn Preußen
wieder Oberherrlich wird, ist noch nicht gesagt, daß in Süddeutschland
das gleiche geschieht.

Dann bespricht der Redner das
Regierungsprogramm.

Bezeichnend ist, daß der grobe Unfug der Unterscheidung in nation-
al und unnational offiziell in einer Regierungserklärung aufge-
nommen wird. Alles was rechts vom Zentrum steht, soll national
sein, alles links davon vaterlandsfeindlich. Der Staat soll nichts
mit den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu tun
haben; er soll frei sein. Die Behauptung, die sozialen Kräfte seien
durch die sozialen Leistungen genährt worden, ist eine Lüge.
Das sagen die Barone, Angehörige einer Klasse, die schon seit Jahr-
hundertern von Subventionen des Staates lebten. Die Rege-
rungserklärung ist eine Kriegserklärung an das arbeitende Volk.

Der Wahlkampf geht um das Schicksal Deutschlands, er geht
aber im besonderen um das Schicksal der Arbeiterschaft.
Es wird ein Kampf ohne Gleichen geben. Wir nehmen ihn aber auf,
weil wir überzeugt sind, daß wir ihn auf bestehen werden. In die-
sem Wahlkampf muß der einzelne Mann an die Arbeit gehen, nicht
die tausend Redner, sondern die Hunderttausende Genossinnen und
Genossen in Stadt und Land. Es geht darum, ob die deutsche Ar-
beiterklasse freie Bürger eines demokratischen Staates oder Sklaven
des Kapitals, eines faschistischen Staates, werden soll. Es gilt, alle
Kräfte anzuspannen, alle müssen mitbestimmen im Kampfe um Deutsch-
lands und der Arbeiterschaft Zukunft. — Die Versammlung dankte
dem Redner mit starkem Beifall.

In der Aussprache ergänzte

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Marum

die Darlegungen des Gen. Schöpllin. Wir haben Bröning unter-
stützen müssen, weil wir die Arbeiterschaft vor dem Faschismus be-
wahren wollten. Wenn man sich das neue Kabinett besieht, erkennt
man den Unterschied zwischen der schlechten Regierung Brüning
und dem, was uns jetzt regiert. Die Geschehnisse haben der Politik
der Sozialdemokratie recht gegeben. Jetzt heißt es aber, den Blick
nach vornwärts zu richten. Die neue Regierung kann nur solange
bestehen, als sie von den Deutschnationalen und den Nationalsozia-
listen toleriert wird, sie darf diesen Parteien nur die unangeneh-
men Entscheidungen abnehmen. Es sagt Herr Hitler und Eugen-
berg, daß sie die Verantwortung für die Außenpolitik und auch
für die sozialen Maßnahmen nicht zu tragen brauchen. Aber diese
Regierung ist nur der Platzhalter einer faschistisch-nationalsozia-
listisch-deutschnationalen künftigen Regierung. Herr v. Schleifer
meint, er habe die Nationalsozialisten in der Tasche! Aber die Situa-
tion ist die, daß man fragen muß: Wer betreibt wen? Jede
Stimme, die bei der Wahl den Kommunisten gegeben wird, stärkt
die Macht Hitler-Eugenbergs, jede Stimme mehr für die Sozial-
demokratie dient der Erhaltung der Demokratie in Deutschland.
Auch Genosse Marum erteilte lebhaften Beifall.

An die beiden Referate schloß sich eine längere Aussprache an;
es war gegen halb 2 Uhr, als der Vorsitzende der Partei, Gen.
Koch, die Versammlung schließen konnte.

Sundesteuern und Futtermittelpreise ermöglichten selbst den ärmsten und

geborenen Hundezüchtern die Tierhaltung schon lange nicht mehr.
Es ist als ein katastrophaler Mißgang zu bezeichnen, wenn man be-
denkt, daß in Karlsruhe der Hundestand der Hundezüchter in den letzten
drei Jahren um 800 an der Zahl zurückgegangen ist. Das darunter
Bücher und Ausbilder schwer zu leiden haben, ist vollkommen ver-
ständlich. Um desto erfreulicher für den Hundologen die Feststellung,
daß trotz aller Widernarrigkeiten ein gewisser Stamm von Züch-
tern und Ausbildern, unter den größten Entschörungen ihrem
Hundevortreu treu geblieben sind. Die Zucht und Ausbildung guter
Schuh- und Polizeihunde, als Lebensaufgabe betrachten, und da-
mit einen Dienst am Volk und Staate leisten. So war es am
22. Mai ds. J., auf dem Dreschplatz des „Ersten deutschen
Polizeihundervereins“ (Bannwald) eine wahre Freude,
zu sehen, wie sich eine Anzahl Hundeföhrer mit ihren Tieren in
öffentlichem Wettbewerb gegenüber traten, um dem sehr zahlreich
erschienenen Publikum die Leistungen gut durchgebildeter Hunde
vor Augen zu führen. Eine besondere Note erreichte die Prüfung
durch die erstmalige Mitwirkung der Reichsbahndirektion Karlsru-
he; deren Diensthundeföhrer einen sehr imposanten Eindruck
machten durch das Erscheinen in ihrer Reichsbahnpolizeiform.
So wie der Eindruck, so waren aber auch die Leistungen ihrer
Diensthunde, die teils mit der Note „Vorzüglich“ und den ersten
Ehrenpreisen von den Preisrichtern bedacht werden konnten. Dieser
Erfolg dürfte sich nicht nur in der Dienstfreude der Föhrer, sondern
auch ganz besonders in der Dienstfertigkeit als Bahnpostbeamte
um Vorteile der Behörde auswirken.

(-) Konservatorium Post für Musik. Die diesjährigen Prüfungs-
Vorlesungen des Konservatoriums finden am Montag, den 6.,
Mittwoch, den 8., und Freitag, den 10. Juni, je abends um 8 Uhr
im Konzertsaal des Konservatoriums Kaiser-Allee 14, statt.

(-) Arbeiterkameraderkolonne Karlsruhe. Es sei hiermit nochmals
auf den heute abend 8 Uhr im Reigenaal der Hofkapelle statt-
findenden Vortrag des Gen. Dr. Koch über „Krebs“ aufmerksam
gemacht.

Der katholische Gesellenverein Karlsruhe feierte in diesen Tagen
sein 75jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fand eine eindrucksvolle
Kundgebung statt.

Schöne weiße Zähne

Ich noch einmaligem Wühen mit der herrlich erscheinend schmeckenden „Chlorodont-
Schokolade“, freudig aus ein Glas. Jede 50 Pf. u. 80 Pf. Verpackung.

